

## 12 Thesen zur Erneuerung der SPD

1. Der dramatische Vertrauensverlust der SPD hat keine einzelne Ursache, sondern ist vielmehr ein kontinuierlicher Erosionsprozess des Vertrauens und des Zutrauens in die Politik der SPD. Die Abwanderung der Wählerinnen und Wähler erfolgte milieuübergreifend und in alle Richtungen. Für die SPD ist jedoch zentral, dass bei allen Wahlen der letzten Jahre die stärksten Einbußen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen zu verzeichnen waren. Es fehlte der Partei ein klares Profil, emotionale Anziehungs- wie Überzeugungskraft, Kompetenz und Vertrauen in wichtigen Politikfeldern. Der Status der SPD als linke Volkspartei ist gefährdet. **Die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre ist deshalb die Erneuerung der SPD als Volkspartei: programmatisch sowie in der sozialen Struktur ihrer Mitgliedschaft und ihrer Wählerschaft.**
2. Der weltweite neoliberale Mainstream in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Öffentlichkeit hat die Vermögens- und Einkommensungleichheit zwischen Reichen und Armen vergrößert, Chancenungerechtigkeit im Bildungssystem verstärkt und soziale Ein- und Aufstiege auch in Deutschland erschwert. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft hat dadurch Schaden genommen. Auch unsere Politik hat diesen Trend nicht grundlegend aufhalten können. **Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik in Deutschland muss deshalb die Stärkung des Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft stehen. Für allen Menschen muss ein sicheres Leben und Anschluss und Aufstieg durch Leistung und Anstrengung möglich sein. Unsere Reformvorschläge haben sich an diesem Ziel zu orientieren.**
3. Die jetzt von der Rechts-Koalition von CDU/CSU/FDP eingeleitete Politik raubt dem Freiheitsbegriff unserer Verfassung und unserer Demokratie seinen inneren Gehalt: „Freiheit“ wird reduziert auf die Abwesenheit des Staates. Hinter der „Befreiung von staatlichen Steuern“ und der politischen Verachtung des Staates verbirgt sich in Wahrheit die Abkehr vom Gemeinwohl. Die „geistig-politische Wende“ der Rechts-Koalition „befreit“ einen Teil ihrer Wählerklientel von der Verantwortung für das Gemeinwohl. Aus der Freiheit für alle wird die Freiheit weniger, die sich all jenes privat leisten können, was ein seiner Handlungsmöglichkeiten beraubter Staat allen nicht mehr zur Verfügung stellen kann: Bildung, soziale Sicherheit, kulturelle Vielfalt und innere Sicherheit. **Wir Sozialdemokraten verteidigen dagegen die Orientierung am Gemeinwohl. Fortschritt und Gerechtigkeit verbindet die Freiheit des Einzelnen mit gegenseitiger Verantwortung füreinander.**
4. Die SPD ist im Bund in der Opposition. Wir sind keine Regierungspartei im Wartestand. Diese neue Rolle müssen Partei und Bundestagsfraktion annehmen. Die nächste Bundestagswahl und die damit verbundene Richtungsauseinandersetzung finden 2013 statt. Kritik an der Rechts-Koalition allein wird nicht ausreichen, sondern die SPD muss auf allen zentralen Feldern der Politik konkrete Alternativen vorlegen. **Dies gilt insbesondere für die Themen wirtschaftliches Wachstum und Umwelt, Bildung und Integration, Arbeit und soziale Sicherheit, Familie und Generationengerechtigkeit.**
5. Das Primat demokratischer Politik muss gegenüber Einzelinteressen aus Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt werden. Nur so kann nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Verfahren entstehen. Die Integration von wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Sicherheit und ökologischer

Verantwortung ist unser Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Realitäten stellen:

- der Realität wirtschaftlicher Globalisierung und internationaler Standortkonkurrenz,
- der Realität des neuen Finanzkapitalismus, dessen Folgen für die Rückwirkung auf die nationalen und internationale Realwirtschaft wie die internationale Stabilität,
- der Realität neuer großer weltwirtschaftlicher Akteure wie China, Indien und Brasilien,
- der Realität einer enorm angewachsenen Staatsverschuldung,
- der Realität wachsender Verteilungskonflikte, national wie international.

Auf diese Herausforderungen muss die SPD überzeugende Antworten entwickeln. Als ersten Schritt werden wir in den kommenden Monaten ein Anti-Krisenprogramm als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und ein eigenes Finanz- und Steuerkonzept erarbeiten, das glaubwürdig, gerecht, transparent und nachhaltig ist. **So werden wir wieder die Partei der Zukunftskompetenz in Deutschland.**

6. Die SPD ist die Partei des gesellschaftlichen Fortschritts und der Teilnahme am Haben und am Sagen in unserem Land. Gesellschaftliche Integration und Chancen des Aufstiegs bleiben unsere zentralen Leitideen. Für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland ist es unerlässlich, dass es gelingt, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und stattdessen den Menschen Zukunfts- und Aufstiegsperspektiven zu geben. Dafür brauchen wir eine Bildungsoffensive, die einen umfassenden Rechtsanspruch auf Bildung etabliert und niemanden zurück lässt. Dies schließt die vollständige Integration von Migrantinnen und Migranten - über frühe Förderung ebenso wie über spätere Qualifizierung – ein. **Die SPD muss erkennbar wieder zur Aufstiegsparterie in Deutschland werden.**
7. Die SPD bleibt die bedeutendste linke Volkspartei Europas. Ihr internationales Ansehen verpflichtet die SPD, eine besondere Verantwortung im Kreis der internationalen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien wahrzunehmen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Neubelebung einer globalen Friedenspolitik. Globalisierung heißt für uns Gerechtigkeit für alle – und nicht Reichtum für wenige. **Die SPD wird sich für die Stärkung der SPE und für eine intensivere Zusammenarbeit in der SI einsetzen.**
8. Die SPD braucht eine neue organisatorische, sozialstrukturelle und programmatische Verankerung in der Gesellschaft. Deshalb müssen wir uns gegenüber allen Teilen der Gesellschaft stärker öffnen. Diese Öffnung der SPD ist überfällig, denn Erfahrungswissen und Problembewusstsein in unserer Partei müssen verbessert und gestärkt werden. **Im Mittelpunkt der Reform unserer Parteiorganisation muss deshalb die Öffnung der SPD für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger stehen. Dieser Anspruch gilt vom Ortsverein bis zum Bundesvorstand der SPD.**
9. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die SPD wieder Partner, Forum und Impulsgeber für wirtschaftliche und gesellschaftlich relevante Dialoge und Diskussionen in unserem Land werden. Dabei muss sie aktuelle Streitfragen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgreifen und Plattformen für Dialoge bieten. Dazu gehören Diskussionsforen im Willy-Brandt-Haus ebenso wie Dialogformen an den Brennpunkten der Gesellschaft. Vor allem aber müssen unsere Ziele und Werte deutlich werden. Und sie müssen glaubhaft durch unsere Repräsentantinnen und Repräsentanten verkörpert werden. So kann die SPD wieder Ort und Akteur zentraler Richtungs- und Zukunftsdebatten werden. **Unsere „Zukunftswerkstätten für Deutschland“ sollen dafür den organisatorischen Rahmen bilden.**
10. Der Öffnungsprozess der SPD zur Gesellschaft muss mit einer Erneuerung der gesamten Parteiorganisation verbunden werden. Mitglieder wollen entscheiden, nicht nur Beiträge zahlen. Das gilt aber auch zunehmend für die politisch interessierten Menschen in unserem Land, die etwas zu unserer Arbeit beizutragen haben, aber nicht (oder noch

nicht) bereit sind, der SPD beizutreten. Vom Ortsverein und den Arbeitsgemeinschaften, vom Unterbezirk bis zum Parteivorstand ist dafür Experimentierfreude für neue Arbeitsweisen und Formen gefragt: Von offenen Foren, der Nutzung neuer Medien, Werkstattprojekten für Politik bis hin zur Beteiligung an offenen Abstimmungen über Inhalte und Personal. **Unser Leitbild ist das einer „atmenden Partei“ mit einer möglichst großen und festen Mitgliedschaft, einer professionellen Parteiorganisation und Angeboten an interessierten Menschen unseres Landes, sich für politische Themen, Wahlen und Personen in Kampagnen zu engagieren.**

11. Diese Öffnung der SPD soll auch zu einer Verbreiterung unserer beruflichen und sozialen Alltagserfahrungen führen – z.B. durch die verstärkte Mitarbeit von Migrantinnen und Migranten. **Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der SPD müssen auf allen Ebenen wieder vielfältiger werden: Frauen, Jüngere, Ältere, Deutsche, Ausländer und „neue Inländer“, Menschen mit Behinderungen, Facharbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Unternehmer und Wissenschaftler.**
12. Kommunikation gehört zu den Kernkompetenzen einer Partei. Sie ist nicht durch externe Aufträge an Agenturen ersetzbar. Dazu gehört auch die Nutzung der Online-Medien. Der Aufbau und die Integration eines crossmedialen SPD-News-Desks ist kein technisches Vorhaben, sondern entspricht in der politischen Bedeutung den völlig veränderten Kommunikationsbedürfnissen im interaktiven „Web-Zeitalter“. Der Online-Bereich wird in Zukunft das Zentrum der Kampagnenfähigkeit der SPD sein. **Das Projekt eines „sozialdemokratischen News-Desks“ und die Entwicklung der „Online-SPD“ gehören daher zu den zentralen Bestandteilen der Parteireform.**